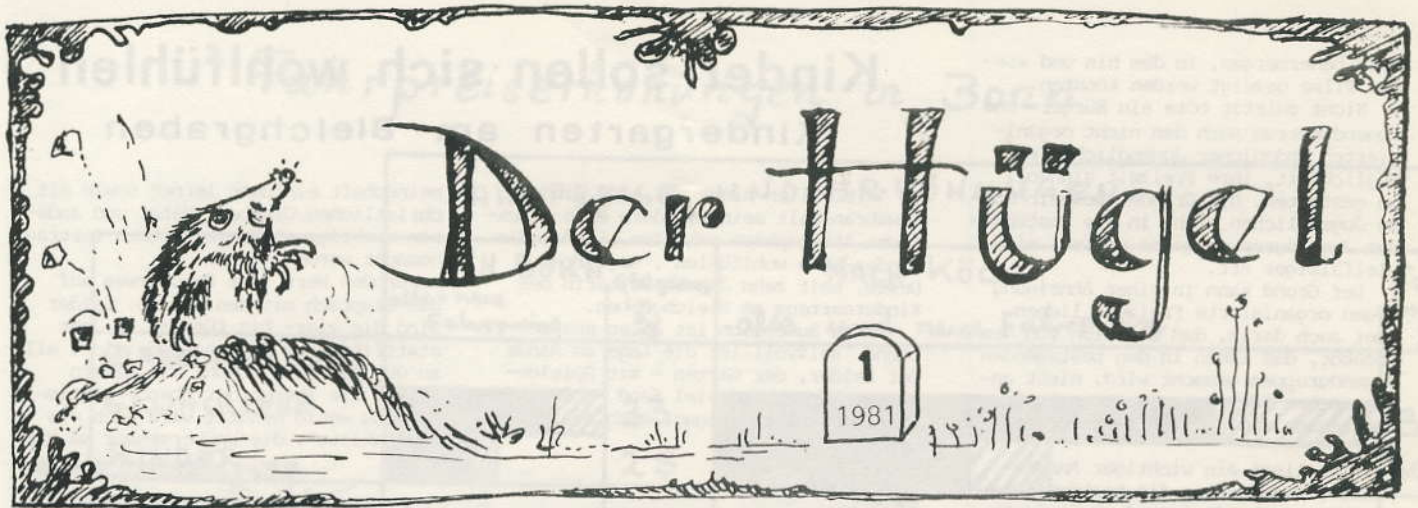




Bürger - und Jugendzentrum für Eendenich

Breite Zustimmung in der Bevölkerung

Die Eendenicher Bürger kennen ihn, den ehemaligen Reuterhof, dessen schönes altes Hauptgebäude an der Eendenicher Straße, gegenüber dem Stüssgen-Markt, liegt. Einige Zeit war hier die Schlosserei Hoffmann untergebracht, seitdem steht es samt den angrenzenden Gebäuden leer.

Dieses Gebäude steht samt dem zugehörigen Grundstück, das bis an die Umgehungsstraße reicht, zum Verkauf an. Dem Vernehmen nach interessiert sich eine große Verbrauchermarktkette dafür, hier einen weiteren Supermarkt zu errichten.

Die Eendenicher SPD hat nun einen Vorschlag in die Diskussion gebracht, wie man dieses Grundstück unter Erhaltung des schönen Hauptgebäudes im Interesse der Eendenicher Bürger sinnvoll nutzen könnte. Sie hat beantragt, die Stadt solle dieses Grundstück ankaufen und auf ihm ein Bürger- und Jugendzentrum für Eendenich errichten.

IN EENDENICH FEHLEN BEGEGNUNGSMÖGLICHKEITEN

Ein solches Zentrum ist in Eendenich dringend erforderlich. Unser Ortsteil hat, wie die Eendenicher mit berechtigtem Stolz sagen, ein sehr reichhaltiges Vereinsleben. Der Nachteil ist nur, daß den zahlreichen Vereinen in den Eendenicher Lokalen viel zu wenig Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Hier könnte durch ein solches Zentrum wirkungsvoll Abhilfe geschaffen werden.

Aber nicht nur die Vereine haben solche Probleme. Vor viel größeren Schwierigkeiten stehen die Eendenicher Bürger, die nicht in Vereinen organisiert sind, für ihre Interessen aber ebenso auf Räume angewiesen sind und ihre Aktivitäten nicht in Gaststätten abwickeln wollen oder können.

Ob es sich um Bürgerinitiativen, Frauengruppen oder um Elterngruppen handelt, die für ihre Kleinkinder in privater Initiative eine "Krabbelstube" organisieren möchten, sie alle stehen in Eendenich vor großen Problemen. Gerade für die zuletzt genannte Gruppe ist es in unserem Ortsteil besonders schwierig, denn für Kinder unter drei Jahren gibt es hier so gut wie keine Angebote. Eltern dieser Kinder sind darauf angewiesen, in eigener Initiative selbst etwas zu organisieren.

JUGENDLICHE HABEN DIE GRÖSSTEN PROBLEME

Noch schwieriger ist die Situation für die Jugendlichen in Eendenich, die nicht in Vereinen oder kirchlichen Jugendgruppen organisiert sind. Sie findet man Tag für Tag vor der Eendenicher Burg, wo sie auch nicht viel mit sich anzufangen wissen.

SUPERMARKT IST ÜBERFLÜSSIG

Die Errichtung eines weiteren Supermarktes auf dem ehemaligen Reuterhof brächte für die gerade erst halbwegs "beruhigte" Eendenicher Straße die alten Probleme verstärkt zurück. Schon jetzt ist an Samstagen von Verkehrsberuhigung hier kaum etwas zu spüren. Ein neuer Supermarkt würde in erheblichem Umfang zusätzlichen Autoverkehr

SPD ist der Ansicht, daß unser Ortsteil ausreichend mit Geschäften versorgt ist.

EIN BÜRGER- UND JUGENDZENTRUM MUSS HER

Ein Bürger- und Jugendzentrum dagegen brächte für die Eendenicher Bevölkerung wesentliche Vorteile.

Den Eendenicher Vereinen stünde damit in unserem Ortsteil ein zusammen mit den Gaststätten ausreichend großes Raumangebot zur Verfügung. Das käme vor allem auch denjenigen entgegen, die nicht bei jeder Versammlung oder bei jedem Arbeitstreffen auch gleich etwas verzehren möchten.

Die nicht organisierten Eendenicher Bürger hätten hier die Möglichkeit, Räume für Versammlungen oder Feiern zu nutzen. Besonders für die oben genannten Elterngruppen böte sich damit erstmals eine Gelegenheit, auch tags-



Der ehemalige Reuterhof ist den meisten Eendenichern bekannt. Soll er der Spitzhacke zum Opfer fallen?

anziehen, und zwar nicht nur aus Eendenich. Die Folge kann sich jeder vorstellen.

Dazu käme, daß eine solche Nutzung das Ende des erhaltenswerten Hauptgebäudes bedeuten würde. Die Eendenicher

über ihre Interessen zu verwirklichen.

Das Rex-Kino in der Frongasse, das früher ein gutes Filmangebot brachte, ist seit einiger Zeit ausgefallen. Seine Zukunft ist ungewiß. Ein Bürgerzentrum könnte auch einen größeren

Raum beherbergen, in dem hin und wieder Filme gezeigt werden könnten.

Nicht zuletzt böte ein Bürger- und Jugendzentrum auch den nicht organisierten Endenicher Jugendlichen eine Möglichkeit, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Die Gründe, weshalb diese Jugendlichen nicht in die bestehenden Jugendgruppen gehen wollen, sind vielfältiger Art.

Der Grund kann in einer Abneigung gegen organisierte Freizeit liegen, aber auch darin, daß sie sich von dem Angebot, das ihnen in den bestehenden Jugendgruppen gemacht wird, nicht angesprochen fühlen, weil es an ihren Interessen und Bedürfnissen vorbeigeht.

Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt für eine über die herkömmliche Art hinausgehende Jugendarbeit in Endenich. Diesen Jugendlichen muß endlich eine Möglichkeit gegen werden, ihre eigenen Vorstellungen von Freizeitgestaltung zu verwirklichen.

Ein Bürger- und Jugendzentrum böte ihnen diese Chance, das erfolgreich zu versuchen. Das wäre besonders dann der Fall, wenn ihnen hier auch noch ein Pädagoge oder Sozialarbeiter zur Seite stehen könnte.

DIE ENDENICHER SIND DAFÜR

Aus all diesen Gründen setzt sich die Endenicher SPD für die Errichtung eines solchen Zentrums ein. Sie wird in den nächsten Wochen und Monaten die Endenicher Bevölkerung weiter darüber informieren und Unterschriften dafür sammeln. In einer ersten Aktion anlässlich des Jubiläums der "Fußgängerzone" haben sich bereits zahlreiche Bürger und Geschäftsleute dafür ausgesprochen. Die SPD wird demnächst auch mit den Endenicher Vereinen darüber sprechen.

In einer ersten Beratung in der Bezirksvertretung Bonn am 9. Dezember haben CDU und FDP unseren Antrag abgelehnt. Wir lassen uns dadurch nicht entmutigen. In der Bevölkerung von Endenich ist der Vorschlag auf Zustimmung gestoßen. Die SPD wird alles tun, für die Interessen der Endenicher einzutreten und das Bürger- und Jugendzentrum auch gegen die Widerstände derer durchzusetzen, denen die Wünsche der Bürger wieder einmal gleichgültig sind.

Service- teil	Zeichen für Lu- minarium	stark prate- rend	weiblich, Vor- name	Zerfall
Held von Troja				
			Wirt- schafts- prüfer	
weiblich, Hend	math., Ganzes	Rhode Island, Abk.		
Teil des Rades		Vogel	germ. Güter- ge- schlechte	
Aus- drucks- form		weiblich, Kurz- name		
unech- ter Schmuck				
Zeichen für Selen		Wind- stall		
Vater und Mutter				

Kinder sollen sich wohlfühlen Kindergarten am Bleichgraben

"Wir wollen nicht nur eine Kinderbewahranstalt sein, sondern eine glückliche Atmosphäre schaffen, in der die Kinder sich wohlfühlen", sagt Frau Dewes, seit zehn Jahren Leiterin des Kindergartens am Bleichgraben.

Schon äußerlich ist alles ansprechend. Reizvoll ist die Lage am Rande der Felder, der Garten - mit Spielgeräten, Bäumen und viel Sand - bietet 70 Kindern Platz genug, sich auszutoben.

meinschaft einfügen lernen sowie mit christlichem Glauben, Natur und anderen wichtigen Lebensbereichen vertraut gemacht werden.

Großen Wert legt Frau Dewes auf das Gespräch mit den Eltern. Leider sind die vier- bis fünfmal im Jahr stattfindenden Elternabende nicht allzu gut besucht, obwohl die Eltern selbst die Themen der Abende bestimmen. Zu wenig genutzt wird auch die "Ideenkiste", die unübersehbar am Ein-



Der Spielplatz des katholischen Kindergartens sollte nach dem Wunsch der Leiterin phantasievoller werden

Jede der drei Kindergruppen wird in einem freundlichen Raum mit bunten Fenstern von zwei Erziehern betreut. Die Schüler des zugehörigen Hortes haben zwei weitere Räume, in denen sie nach der Schule essen, Aufgaben machen und spielen.

20 Kinder besuchen den Kindergarten als Tagesstätte, d.h. sie können von 7.30 Uhr bis 17 Uhr dort bleiben. Diese Möglichkeit besteht aber - wie beim Hort - nur für Alleinerziehende und Familien, bei denen aus dringenden Gründen beide Eltern arbeiten müssen.

Ansonsten gelten die Öffnungszeiten von 8 - 12 Uhr und von 14.30 - 16.30 Uhr. Heutzutage wollen viele Mütter nicht mehr ganz auf Berufstätigkeit verzichten, aber welche (Teilzeit-) Arbeit ermöglicht es, schon um 12 Uhr am Kindergarten zu sein? Diesen Frauen kommt man hier etwas entgegen: ihre Kinder können bis 12.45 Uhr bleiben.

Wenn von den Kindern die Rede ist, strahlt Frau Dewes Begeisterung aus. Es gibt wenig Probleme. Neu aufgenommene Kinder haben es nicht schwer, denn die älteren kümmern sich um sie. Auch die kleinen Ausländer - sie kommen aus Tunesien, Irak, Griechenland und Frankreich - haben sich schnell eingelebt.

Nach dem Wochenende spürt die Leiterin allerdings oft Folgen von zu reichlichem Fernsehgenuss; denn montags sind die Kinder aggressiver als sonst. Ihre schlimmste Erfahrung: ein Junge stürzte sich vom Klettergerüst - er hatte den Film "Flug aus den Wolken" gesehen.

Als wichtigste Erziehungsziele nannte Frau Dewes: Die Kinder sollen selbständig werden, sich in eine Ge-

gang steht! Viel stärker ist erfreulicherweise das Interesse an gemeinsamen Festen.

"Was würde die Leiterin gerne ändern", wollte die HÜGEL-Redaktion wissen.



Im Herbst mit den Blättern zu spielen, macht besonders Spaß

Frau Dewes überlegt nicht lange: "Ich wünsche mir statt der Eisengeräte im Garten einen Abenteuerspielplatz!" Außerdem würde sie den Durchgang zum Jugendheim, der direkt am Kindergarten- eingang vorbeiführt, gerne schließen, weil die Jugendlichen mit ihren Mofas die Kinder gefährden.

Sie weist auch auf eine weitere Gefahr hin. Ein paar Meter vor dem Kindergarten mündet in den Bleichgraben

die Hans-Cloos-Straße, aus der viele Autos zu schnell herausfahren. Hier ist zumindest ein Verkehrsschild, das auf Kinder hinweist, dringend erforderlich! Die HÜGEL-Redaktion wird sich dafür einsetzen.

Außerdem vermisst Frau Dewes einen Spielplatz auf dieser Hügelseite. Dies muß sich bald ändern! Sehr begrüßen würde sie auch, was die SPD seit langem fordert: eine Entschärfung der Hüg-

gellernbahn durch Radwege und Grünstreifen. Darin sähe sie eine Erleichterung für Eltern und Kinder.

Jedes Jahr nach den Sommerferien veranstaltet der Kindergarten einen "Tag der offenen Tür". Jeder ist herzlich willkommen! Vielleicht ist dies für alle Hügellbewohner eine Gelegenheit, die Kinder in ihrer Umgebung besser verstehen zu lernen.

Fahrpreiserhöhung nicht nötig

CDU beschließt Rekordfahrpreise in Bonn

Am 27.11.1980 waren die Zuschauertribünen im Ratssaal so voll wie schon lange nicht mehr. Der Grund für das starke Interesse der Bürger war der Tagesordnungspunkt 1.6.1. "Fahrpreiserhöhung".

Das Ergebnis der dreistündigen Debatte über diesen Punkt: Unsere (?) "Stadtväter" der CDU-Mehrheitsfraktion beschloss, künftig tiefer als sonst in die Taschen der Bürger zu greifen. Wie das im einzelnen aussieht und wer von den Erhöhungen besonders hart getroffen wird, können unsere Leser der Beilage entnehmen.

GETROFFEN WERDEN WIEDER DIE SOZIAL SCHWÄCHSTEN

Die Tarifierhöhung trifft vor allem Rentner ohne Bonnausweis, Schüler, Studenten und Hausfrauen. Zwar wurde beschlossen, den Bonnausweis auch an Studenten mit zweitem Wohnsitz in Bonn zu vergeben; diese Maßnahme mindert aber keinesfalls im notwendigen Maße die soziale Härte dieser Tarifierhöhung. Keinen Anspruch auf den Bonnausweis haben nämlich Studenten, die bei ihren Eltern wohnen oder die wegen der großen Wohnungsnot in der Stadt Bonn im Umland wohnen müssen.

Hinzu kommen eine Reihe von Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten auf dem Weg zur Erlangung des Bonnausweises. Der Bürger muß zum Sozialamt nach Beuel, dort stundenlang warten, Papierkrieg führen; er muß seine persönlichen Verhältnisse offenlegen, was für viele unangenehm ist.

Außerdem ist das Sozialamt jetzt schon personell hoffnungslos überlastet. Man stelle sich nun vor, zu Beginn des neuen Jahres kommen zehn- oder zwanzigtausend Studenten ins Sozialamt, um ihre Bonnausweise zu beantragen. Das Amt würde völlig zusammenbrechen. Die CDU hofft wohl, daß es soweit nicht kommen wird, weil sich viele Studenten durch oben genannte Unannehmlichkeiten davon abhalten lassen werden. Dann wäre ihre Rechnung aufgegangen. Also hin zum Sozialamt!

Im Zuge der Tarifierhöhung fallen auch die besonders billigen roten und blauen Streifenkarten weg. Das ist in hohem Maße unsozial, da gerade diese Karten vor allem von sozial schwächer gestellten Bürgern genutzt wurden.

Die Preiserhöhung für den Einzelfahrschein um 33% begründen die Verkehrsbetriebe damit, man wolle den Bürger zum Kauf der billigeren Streifenkarte veranlassen, um so die Abfertigungszeiten an den Haltestellen zu verkürzen. Pech haben da nur diejenigen, die an ihrer Haltestelle kei-

nen Fahrkartenautomaten haben, und das sind die meisten. Denn auch die Verkaufsstellen der Stadtwerke haben nur begrenzte Öffnungszeiten.

ZURÜCK INS AUTO ?

Durch die extreme Erhöhung der Fahrpreise wird die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs in Bonn weiter herabgesetzt. Viele Bürger werden sich überlegen, wieder aufs Auto umzusteigen. Nach der letzten Tarifierhöhung betrug der Rückgang der Fahrgastzahlen 5%, diesmal ist nach ersten Schätzungen mit einem Rückgang von 8% zu rechnen. Das von den Stadtwerken vorhergesagte Defizit wird sich dadurch nicht gerade vermindern.

Noch wichtiger aber sind die Probleme, die durch die Abwanderung vom öffentlichen Nahverkehr aufs Auto entstehen: höherer Energieverbrauch, Verkehrsprobleme, Umweltprobleme durch höhere Luftverschmutzung und Lärm sowie erhöhte finanzielle Aufwendungen für den Individualverkehr (Straßen-, Tiefgaragen- und Parkplatzbau), die dem öffentlichen Nahverkehr dann erst recht versagt bleiben.

Schon heute zeigt sich in der unterschiedlichen Behandlung von Individual- und öffentlichem Nahverkehr ein Mißverhältnis zugunsten des Autos, daß im Interesse einer humanen Stadtgestaltung unverantwortlich ist. Der öffentliche Nahverkehr ist in Bonn das Stiefkind der CDU!



Die finanzielle Lage der Stadtwerke Bonn ist bei sorgfältiger Analyse des Wirtschaftsplans 1981 in keiner Weise bedrohlich. Trotz eines von der Verwaltung etwas zu hoch angesetzten Defizits von 40 Mio DM beim öffentlichen Nahverkehr erzielt die Stadt durch die Gewinne der Versorgungsbetriebe (auch

Teil der Stadtwerke!) sowie durch eine Konzessionsabgabe der Stadtwerke von 12,4 Mio DM an die Stadtkasse und andere Einnahmen einen ausgeglichenen Haushalt im gesamten Bereich der Stadtwerke.

Der Kostendeckungsgrad durch Fahrpreise von nur 58,7% beim Rekordpreis von geplanten 2 DM für den Einzelfahrschein zeigt auch deutlich, daß der größere Teil des Defizits beim öffentlichen Nahverkehr hausgemacht ist. Der Grund dafür ist unter anderem die seit Jahren verfehlte Verkehrspolitik der CDU-Mehrheitsfraktion.

VERNÜNFTIGE POLITIK ERSPART TARIFIERHÖHUNGEN

Es muß endlich allgemein anerkannt werden, daß der öffentliche Nahverkehr eine absolut notwendige Einrichtung ist, die ein Gemeinwesen wie die Stadt Bonn ebenso wie Kultur- und Sporteinrichtungen - unabhängig vom Kostendeckungsprinzip - im Interesse der Funktionsfähigkeit der Stadt und des Lebens der Bürger vorhalten muß.

Es ist nicht einzusehen, warum ein Theaterbesucher - eine Minderheit der Bonner Bürger - für jede gekaufte Karte einen Zuschuß von ca. 100 DM aus Steuergeldern erhält, die Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs die Kosten dieser Einrichtung jedoch überwiegend durch Benutzergebühren tragen sollen.

Deshalb fordert die SPD die Anerkennung des öffentlichen Nahverkehrs als Gemeinschaftsaufgabe, auf die der Bürger im Rahmen der Daseinsfürsorge Anspruch hat.

Die Argumentation der CDU, wonach im Rahmen des Tarifverbundes Rhein-Sieg alle Verkehrsbetriebe einen einheitlichen Tarif einzuführen haben, trifft nicht zu. Die Tarifbestimmungen sehen ausdrücklich vor, daß jeder Partner im eigenen Liniennetz Sondertarife beibehalten oder einführen kann, um so den besonderen Gegebenheiten in seinem Gebiet Rechnung zu tragen.

IN EIGENER SACHE

Das äußere Bild unserer Zeitung hat sich diesmal verändert. Um bei weiterhin knappen Finanzen mehr Platz für Informationen zu bekommen, haben wir es mal mit Verkleinerung versucht. Wir würden gerne wissen, ob unsere Leser das Schriftbild noch für ausreichend lesbar halten!

Die Bonner SPD fordert eine Umrassende Rationalisierung des Liniennetzes bei gleichbleibender Effektivität. Entsprechende Konzeptionen (z.B. das Stammliniennetz) hat sie bereits 1976 vorgelegt. Dadurch könnten allein ca. 5 Mio DM eingespart werden. Außerdem wird ein jährlicher Zuschuß aus den Mitteln des allgemeinen Haushalts der Stadt gefordert, der in dem Verzicht auf die Konzessionsabgabe der Stadtwerke bestehen könnte. Als Alternative zur jetzt beschlossenen Tarifierhöhung kommt für die SPD höchstens die von ihr schon früher vertretene Lösung in Frage: Einführung neuer Tarife für Stadtgrenzen überschreitende Fahrten bei gleichzeitiger Beibehaltung des jetzigen Tarifs innerhalb der Stadt Bonn.

ANGST VOR DER DISKUSSION ?

Abschließend ist noch eine Bemerkung notwendig zu der Art und Weise, wie die CDU diese Entscheidung durch die Ratsgremien gepeitscht hat: Mittwochs Diskussion im Stadtwerkeausschuß, einen Tag später bereits Beschluß im Rat. Dieses Verfahren wirft ein Licht auf das Demokratieverständnis der CDU, denn eine ausreichende Diskussion dieses wichtigen und brisanten Themas wurde damit verhindert.

Die CDU hätte hier Gelegenheit gehabt, "aus Liebe zu Bonn" (so ihr letzter Wahlkampfslogan) eine Entscheidung zu treffen, die den Interessen der Bürger entsprochen hätte. Diese Chance hat sie vertan. Darüber können auch die halberzogenen Proteste der Jungen Union nicht hinwegtäuschen.

Die neuen Tarife sind zwar beschlossen, aber noch nicht durchgesetzt. Die SPD wird weiterhin alles tun, diesen unsozialen Beutzug auf den Geldbeutel des Bürgers zu verhindern.

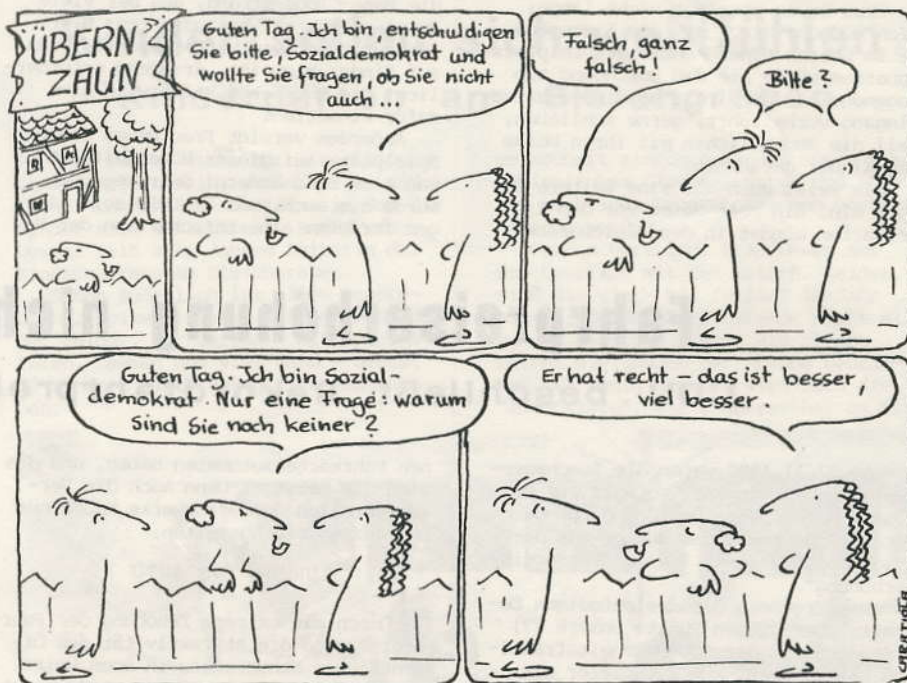
Stadt muß endlich handeln !

Die städtischen Häuser auf dem Hügel sind, wie unsere Leser sicher erinnern werden, seit Jahren ein Dauerthema. Die Stadt hat sie als Eigentümer sträflich herunterkommen lassen und ihre Verpflichtungen als Vermieter bis heute nicht erfüllt.

Als sich 1974 unter den Bewohnern dieser Häuser eine Mieterinitiative bildete, die nicht länger bereit war, sich von der Stadt von einem Jahr aufs andere verträumen zu lassen, kam es zu einem Gespräch zwischen dieser Initiative und einem Vertreter vom Liegenschaftsamt der Stadt, das für die Verwaltung dieser Häuser zuständig ist.

In diesem Gespräch machte die Verwaltung eine Reihe von Versprechungen, teils sogar mit Angabe von Terminen für Instandsetzungsarbeiten. Als die Mieter danach wieder warten mußten und der Stadt mit Mietminderung drohten, wurde tatsächlich in einigen Wohnungen etwas getan.

Vergleicht man jedoch das Versprochene mit dem, was bis heute geschehen ist, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die Mieter der Hügelhäuser von der Stadt erneut verschaukelt worden sind. Einige Dinge sind getan worden, vieles ist nur halb oder sehr mangelhaft ausgeführt worden, das meiste ist erst gar nicht angefangen worden.



Es ist an der Zeit, der Stadtverwaltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln deutlich zu machen, daß sie sich ihren gesetzlichen Verpflichtungen als Eigentümerin dieser Häuser nicht länger entziehen kann. Wenn hier Anträge und Forderungen der Mieter nicht zum Ziel führen, muß nunmehr auch geprüft werden, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, die Stadt zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen.

Auch die ewige Ausrede, es sei kein Geld da, um alle städtischen Häuser instandzusetzen, wird nicht dadurch glaubwürdiger, daß man sie ständig wiederholt. Wenn die CDU-Fraktion durch ihren Stadtverordneten Hospes erst vor einigen Tagen einen Autotunnel unter der Bundesbahn für 80 Mio fordert, muß man ihn doch fragen, woher er denn das Geld dafür nehmen will.

Die SPD wird die notwendigen Schritte Anfang 1981 einleiten. Wir werden dann ausführlich darüber informieren.

Mobiles Postamt für den Hügel ?

Die SPD hatte vor etwa zwei Jahren die Stadt gebeten, mit der Bundespost zu verhandeln, damit der Hügel in Zukunft durch eine mobiles Postamt bedient werden kann.

Die Post hatte dann erklärt, die Entfernung zum nächsten Postamt sei nach ihren Richtlinien zumutbar und außerdem hätte sie im Moment keine freien Wagen zur Verfügung.

Sie gab allerdings auch zu verstehen, daß sie unter Umständen bereit sei, von diesen Richtlinien anzuweichen. Das könne aber frühestens in zwei Jahren geschehen.

Diese zwei Jahre sind jetzt verstrichen. Die SPD wird deshalb erneut an die Stadt herantreten mit der Forderung, aufgrund der Aussagen der Bundespost wieder in Verhandlungen über ein mobiles Postamt auf dem Hügel einzutreten. Wir hoffen, daß die Post diesmal den Wünschen der Hügelbewohner nachkommen wird und werden über das Ergebnis informieren.

Kleinanzeigen

Mit der ersten Nummer des neuen Jahres möchte die Redaktion ihren Lesern ein Angebot machen: Wir veröffentlichen Kleinanzeigen, natürlich keine kommerziellen, möglichst auch keine Wohnungsanzeigen, sonst reicht der Platz nicht aus! Redaktionsschluß für die nächste Nummer ist der 8.2.1981.

Schwarzweiß - Fernseher, großes Bild, für 40 DM zu verkaufen: Volker Klaus, Am Bleichgraben 2, Zimmer 014, nach 18 Uhr.

Älteres Kind (37) sucht für sich und Spielkameraden gebrauchte Märklin-Eisenbahn. Anruf genügt: 02241/332189.

Die Redaktion wünscht allen Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr!

Der Hügel

Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantwortlich),
Volker Klaus, Ulrich Seidenberg,
Alexa Thiesmeyer, Jürgen Weber
Redaktionsanschrift:
"DER HÜGEL" c/o Klaus Stöppler,
Euskirchener Straße 82 5300 Bonn 1
Telefon: 622131

Fahrpreiserhöhungen in Bonn

FAHRPREISE UND ERHÖHUNGEN				
	IN BONN	Steigerung in %	NACH KÖLN	Steigerung in %
	alte + neue Fahrpreise		alte und neue Fahrpreise	
EINZELFAHRSCHEIN				
ERWACHSENE		33		33
KINDER		25		30,4
STREIFENKARTEN:				
WEISS: ERWACHSENE		14,7		14,3
KINDER		13,7		14,3
GRÜN: STUDENTEN SCHÜLER, AZUBIS		32,5		32
ROT: SONDER- TARIF		entfällt	* NUR IM BEREICH BONN, } ENTFÄLLT SSB, Bad-Neuenahr u.ä. }	
BLAU: Studenten Schüler, Azubis		entfällt	** ENTFÄLLT	
ALTER FAHRPREIS 3 cm $\hat{=}$ 2,-DM PREISSTEIGERUNG				Steigerung in %
Schülerwochen- karte				50
Schülermonats- karte (Netz)				42,8
1 cm $\hat{=}$ 4,-DM				ENTWURF: M

Bürger- und Jugendzentrum

Wenn Sie dafür sind, schicken Sie diesen Abschnitt an:
Klaus Stöppler Euskirchener Str. 82 5300 Bonn 1

Ich unterstütze die Forderung nach einem Bürger- und Jugend-
zentrum in Endenich!

.....
Name

.....
Vorname

.....
Anschrift

.....
Unterschrift